



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

An das
Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation UVEK

Per Mail an raphael.bucher@bafu.admin.ch

Basel, 19. Juni 2019

Regierungsratsbeschluss vom 18. Juni 2019

Teilrevision der Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung) aufgrund der Verknüpfung der Emissionshandelssysteme der Schweiz und der EU Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. März 2019 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Teilrevision der Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen zukommen lassen. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die Schweiz hat das Abkommen mit der EU zur Verknüpfung der Emissionshandelssysteme (EHS) am 23. November 2017 unterzeichnet, wobei neu auch die Luftfahrt und die fossil-thermischen Kraftwerke in den Schweizer Emissionshandel einbezogen werden. Wegen der kleinen Teilnehmerzahl kann sich der Schweizer CO₂-Markt nur beschränkt entfalten, wozu die beiden EHS Schweiz und EU neu miteinander verknüpft werden. Dies erfordert die vorliegende Anpassung der CO₂-Verordnung.

Wir begrüssen die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme sehr. Der Emissionshandel ist ein international etabliertes Instrument der Klimapolitik und funktioniert nach marktwirtschaftlichen Prinzipien. Es zielt darauf ab, Treibhausgasemissionen dort zu reduzieren, wo dies am kostengünstigsten ist. Eine Verknüpfung des Schweizer Marktes für CO₂-Emissionen mit dem EU-Markt bringt sowohl umweltpolitische als auch wirtschaftliche Vorteile. Bisherige Nachteile für EHS-pflichtige schweizerische Unternehmen werden somit behoben.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Rückfragen steht Ihnen das Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt, Dominik Keller, dominik.keller@bs.ch, Tel. 061 639 23 20, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

